

Es kommt wie bestellt: Chemische Industrie warnt – Werke müssen womöglich heruntergefahren werden

geschrieben von Admin | 3. Oktober 2021
von Holger Douglas

Dramatische Meldungen aus dem Energiesektor kommen nicht mehr nur aus Großbritannien. Auch in Deutschland werden womöglich Anlagen heruntergefahren, weil die Energiepreise in Rekordhöhen klettern.

Jetzt schlägt die chemische Industrie in Deutschland Alarm. »Die Preisexplosion an den Energiemärkten nimmt dramatische Ausmaße an«, teilte jetzt Christof Günther mit, energiepolitischer Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost. »Insbesondere das mittlerweile erreichte Niveau der Erdgaspreise droht für unsere Betriebe zur Existenzfrage zu werden.«

In Ostdeutschland drohten Abschaltungen von Anlagen, so Günther: »In unserem Verbandsgebiet stehen Unternehmen bereits kurz davor, die Notbremse zu ziehen und Anlagen herunterzufahren. Diese Entwicklung muss ein Weckruf an die Politik sein. Wenn sich die Energiepreise vervielfachen, dann ist das kein Betriebsrisiko, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Deutschland ist trauriger Spitzenreiter in der EU, was die zusätzliche Belastung der Energiekosten durch Steuern und Abgaben angeht. Hier muss politisch angesetzt und für die dringend nötige Entlastung gesorgt werden. Diese Entlastung muss mehr sein als ein Tropfen auf dem heißen Stein.«

So überlegt der deutsche Düngemittelhersteller, SKW Piesteritz, die Notbremse zu ziehen und Anlagen herunterzufahren, die ein Minus einbringen.

Günther: »Für unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze kommt die Energiepreisentwicklung zur absoluten Unzeit, denn das politische Berlin dreht sich zurzeit hauptsächlich um Vorsondierungen. Die Europäische Union will zwar mit einer „Toolbox“ helfen, ob diese zeitnah und unbürokratisch Wirkung zeigt, bleibt zweifelhaft. Der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft wird hohe Investitionskosten verursachen. Wenn die Strompreise weiter aus dem Ruder laufen, sind diese Investitionen in Gefahr. Gleichzeitig droht aus den hohen Strompreisen eine Rückbesinnung zur Kohle zu werden. Eine solche Rolle rückwärts ist für das Klima nicht wünschenswert. Die Politik ist aufgefordert, sich schnell zu sortieren und sich in der Geopolitik nicht weiter wegzuducken.« Seine Forderung: »Wir brauchen

Sofortmaßnahmen, damit unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und gleichzeitig die Arbeitsplätze in unserer Hochlohnbranche erhalten können.«

Fast 30 Prozent des deutschen Energieverbrauches entfallen laut Statistischem Bundesamt auf die chemische Industrie. Wie viele andere Verfahren so ist beispielsweise die Düngemittelherstellung ein sehr energieintensives Verfahren. Etwa 80 Prozent der Produktionskosten von Stickstoffdünger machen die Energiekosten aus. Kein Wunder, dass Hersteller ihre Fabriken abschalten müssen, wenn die Energie zu teuer wird.

So berichten Landwirte, dass derzeit fast kein Dünger mehr geliefert werden kann. Einer der wichtigsten Hersteller, der norwegische Düngemittel- und Industriechemikalienkonzern Yara reduziert ebenfalls aufgrund der hohen Erdgaspreise seine Produktion von Düngemitteln. Die Preise für Stickstoffdünger sind bereits seit Mitte Mai um rund 20 Prozent angestiegen. Ein Grund: In Indien, dem weltweit wichtigsten Importeur von Stickstoffdünger, besteht eine starke Nachfrage. Weiterhin hat China wesentlich weniger Dünger exportiert, um die wachsende Nachfrage im eigenen Land zu bedienen. Ansonsten zählt das Land zu den größten Exporteuren.

Landwirte in Deutschland berichten gegenüber TE, dass sie keinen Dünger mehr bekommen. Sie erwarten zudem Preissteigerungen bis zu 40 Euro für einen Doppelzentner, das ist fast doppelt so viel wie bisher. Für einen mittleren Landwirt mit einer Fläche von 400 Hektar bedeuten das 24.000 Euro Mehrkosten im Jahr allein für den Dünger. Die Getreidepreise werden dann entsprechend weiter steigen.

Eine weitere Folge wird sein, dass Stickstoffdünger künftig aus Fernost kommt. Dort sind die Energiekosten günstig, die Hersteller müssen keine irrsinnigen CO₂-Steuern bezahlen. Das bedeutet für europäische Hersteller, dass sie weg vom Fenster sind.

Energie ist eine der entscheidenden Größen eines Landes. Sie muss preisgünstig und verfügbar sein. Wer sie künstlich verknappt und teuer macht, kann zusehen, wie Unternehmen dicht machen müssen und ein Industrieland zerstört wird. Ein Experiment, das es in dieser Form selten gegeben hat.

Doch erstaunlicherweise trägt sogar die chemische Industrie dazu bei, indem sie auf solche Wahnsinnsprojekte wie eine »Energiewende« setzt und fordert, sie dürfe nicht scheitern. Unsinnsbegriffe wie »Decarbonisierung« und »Klimaneutralität« gehen ihr mittlerweile genauso flüssig über die Lippen wie der verflissenen Umweltministerin Schulze und ihren Gefolgsleuten.»Wir brauchen brutal günstigen Strom und das in unvorstellbaren Mengen«, betonte noch im Frühjahr der Geschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Wolfgang Große Entrup, bei der Vorlage der Jahresbilanz. Wenn die Industrie keine

wettbewerbsfähigen Preise für Strom aus erneuerbaren Energien bekomme »und die auch noch vierundzwanzig Stunden am Tag, sieben Tage die Woche«, werde sie den Umbruch nicht schaffen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Nachtrag der Redaktion.

Obwohl diese Entwicklung seit über einem Jahrzehnt vorgezeichnet und damit deutlich erkennbar war, hat die chemische Industrie lieber opportunistisch mit den Wölfen geheult. So schon im Oktober 2010 anlässlich der Vorstellung des „Energiekonzeptes“ durch den damaligen Umweltminister Röttgen, zusammen mit seiner Kollegin von den Grünen Bärbel Höhn. „Zwischen uns beide passt in diesen Fragen kein Blatt Papier“ sagte Röttgen damals sinngemäß. Unser VP Michael Limburg machte in einem persönlichen Gespräch anschließend den Abteilungsleiter Energie beim VCI Jörg Rothermel auf die verheerenden Folgen dieser Politik auch für seine Industrie aufmerksam. „Gibt es keine Chemie-Industrie mehr in diesem Land, dann gibt es auch keinen VCI mehr“. Die Antwort darauf: Schweigen. Mehr dazu hier.

Und ein paar Monate später später, als BASF Chef Hambrecht als Mitglied der „Ethik-Kommission“ dem Atomausstieg, wenn auch „konditioniert“ zustimmte.